
Was ist Wert, und wie wird er geschaffen?

Rezension von: Mariana Mazzucato,
The Value of Everything: Making and
Taking in the Global Economy,
Allen Lane, London 2018, 384 Seiten,
broschiert, € 18,15;
ISBN 978-0-241-34779-9.

Mazzucato bringt mit dem vorliegenden Buch eine der Ursprungsfragen der Ökonomie wieder in den Mittelpunkt der Debatte: Was ist Wert, und wie wird er geschaffen? Mazzucato argumentiert hier angelehnt an die klassischen Ökonomen Smith, Ricardo und Marx. Wertschöpfung ist die Produktion neuer Güter und Dienstleistungen mittels verschiedener Arten von Ressourcen. Die Menge an Arbeitskraft, die in die Produktion hineingesteckt wurde, die angewandte Technologie, die Organisation der Arbeit sowie das Verhältnis von Kapital und Arbeit bestimmen den neu erschaffenen Wert. Wenn ein Feld bewirtschaftet oder einen Sessel getischelt wird, entsteht dabei ein neuer Wert. Das bloße Herumschieben von bereits produzierten Gütern und Dienstleistungen bzw. das reine Handeln mit diesen beschreibt die *Wertextraktion*, beispielsweise dann, wenn BankerInnen auf Rohstoffpreise spekulieren oder ImmobilienhändlerInnen Wohnungen kaufen, um sie anschließend wieder zu verkaufen. Dieses unproduktive Abschöpfen von Renten schafft keine neuen Werte.

In welchem Zusammenhang stehen Wert und Preis? Alles, was einen Preis auf einem Markt erzielt, hat den entsprechenden Wert – so zumindest, wenn man dem Konzept von Knapp-

heit und individuellen Präferenzen folgt. Wenn jedoch der Wert durch den Preis bestimmt wird, dann ist auch nur das, was sich auf Märkten bepreisen lässt, wertschaffend. So ginge vieles der tatsächlichen Wertschöpfung verloren. Deshalb stellt Mazzucato diese viel vertretene Werttheorie in Frage. Ziel des Buches ist es, den Lesenden die Schaffung von Werten zu vermitteln und die tatsächlichen Wertschöpfenden zu definieren, damit jene die Anerkennung dafür bekommen, die sie auch wirklich verdienen.

Das Buch ist in neun Kapitel unterteilt, die im Folgenden zusammengefasst werden. Zuerst beschreibt Mazzucato die Geschichte von Wert in der Ökonomie. Heutzutage nehmen wir Wachstum unseres Wohlstands und Fortschritt als gegeben an. Dies war in der Vergangenheit nicht immer so: Vor der Ersten Industriellen Revolution im 19. Jh. wuchs der Lebensstandard nur langsam. Der Aufbau von Staaten, das Finanzieren von Kriegen, Kolonialisierung und Maschinen sowie das Versorgen der Bevölkerung oder die Abschätzung von Besteuerung bedurfte zunehmend einer genaueren Planung. Wie hoch ist das Einkommen einer Nation? Was erzeugt diesen Wert? Wenn man versteht, wie die Produktion von Werten funktioniert, kann man die Schlüsselfrage zu mehr Wohlstand beantworten.

François Quesnay definierte es im 18. Jahrhundert folgendermaßen: *Grund und Boden* ist die Quelle allen Wertes. Menschen können keine Werte schaffen, sondern diese nur transformieren. Der primäre Sektor, vor allem bestehend aus Bauern, Land- und MinenarbeiterInnen, ist der einzig wahre produktive. Handwerker und andere Berufstätige in der Sachgüterprodukti-

on bearbeiten die bereits existierenden Werte und sind deshalb im sekundären Sektor außerhalb der tatsächlichen Werteproduktion. Besonders unproduktiv sind jedoch jene, die bloß Grund und Boden besitzen und somit Werte abschöpfen müssen, um ihr unproduktives Einkommen zu sichern. Wenn die Wertextraktion die Wertschöpfung übersteigt, dann stoppt auch das Wachstum einer Wirtschaft.

Die Klassischen Ökonomen erkennen in der *Arbeit* die Quelle des Wertes. Produktive Sektoren sind deshalb sowohl der primäre als auch der sekundäre Sektor. Smith beschreibt, dass all die andere Arbeit sich selbst nicht reproduziert und vom Überschuss anderer lebt, wie z. B. die Tätigkeiten von Geistlichen, Anwälten oder Soldaten. Folglich plädiert er dafür, AristokratInnen und deren unproduktives Einkommen sowie deren Luxusgüter nicht gesellschaftlich zu finanzieren. Smith definiert drei Arten von Einkommen: Löhne für die Arbeit in kapitalistischen Unternehmen, Profite für Kapitalisten, die die Mittel zur Produktion besitzen, und Renten für die EigentümerInnen von Grund und Boden.

Ricardo beschreibt näher, dass Letzteres durch den Umstand, dass es sich um ein vererbtes Monopol und eine immer knapper werdende Ressource handle, den größten Anteil des nationalen Einkommens erhalten werde. Des Weiteren sei nicht nur Produktion, sondern auch Konsumation in produktive und unproduktive zu unterteilen. Produktiv wäre beispielsweise ein Kapitalist, der mit seinem Kapital eine Arbeitskraft zukaufte und dadurch Profite erzeugt. Aus diesem Grund beschreibt Ricardo investierende Kapitalisten als positiven Bestandteil der Wirtschaft, die Mehrwert erzeugen. Die Alternative

dazu wäre, das Kapital auf unproduktive Weise für Luxusgüter auszugeben, so wie dies so viele der GrundbesitzerInnen in ihrem verschwenderischen Lebensstil taten. Hierbei sind sich Ricardo und Smith einig: Die Extravaganz der aristokratischen Klasse erzeugt keinerlei Mehrwert für eine Nation.

Der letzte im Kapitel genannte Klassiker ist Karl Marx. Seine Arbeitswertlehre besagt, dass Wert nur aus einem speziellen Gut der ArbeiterInnen geschaffen werden kann, nämlich ihrer *Arbeitskraft*. Nur mit Einsatz der Arbeitskraft wird ein Überschuss geschaffen. Gemäß Marx erfolgte die Entwicklung dieses Systems so, dass ursprünglich alle Menschen JägerInnen und SammlerInnen waren und genug arbeiteten, um sich selbst reproduzieren zu können. Dann wurden sie gezwungen, einen Überschuss über ihre eigene Reproduktionsarbeit zu erzeugen, damit sich die feudalistische Klasse ihre unproduktive Konsumation leisten konnte. Im letzten Schritt wurden unabhängigen ProduzentInnen allmählich gewalttätig die Produktionsmittel genommen und sie so zu ArbeiterInnen gemacht – frei, aber ohne Eigentum. Nun konnten Kapitalisten deren Arbeitskraft kaufen, da ArbeiterInnen ohne eigene Produktionsmittel einen Lohn für ihr Überleben benötigten.

Marx verlieh dem Kapital somit eine soziale Dimension und dem Überschuss eine negative Konnotation. Mehrwert wird nun nur geschaffen, wenn das Kapital in die Produktion investiert wird, *ergo* immer mehr an ausgebeuteter Arbeitskraft einen Überschuss schafft. Der Staat spielt bei den Klassikern eine untergeordnete Rolle und wird meist nicht explizit modelliert. Theoretisch befindet er sich jedoch im-

mer außerhalb des produktiven Sektors.

Das zweite Kapitel beschreibt den Erfolgszug der Marginalisten. Kapital wird hier als Ertrag aus dem Sparen gesehen, nicht als Folge des produktiven Konsumierens. Die Neoklassische Theorie besagt, dass Preise von Gütern und Dienstleistungen den Nutzen widerspiegeln, den KäuferInnen erhalten. Ökonomie soll nunmehr als Naturwissenschaft gelten, die sich vorrangig durch Mathematik und Gesetze erklären lässt. Der Kapitalismus wird als friedvolles System porträtiert. Die theoretischen Modelle basieren auf Gleichgewichten, die sich durch wettbewerbliche Mechanismen stabilisieren – völlig im Kontrast zu Marx' Klassenkampf.

Angebot und Nachfrage regulieren die Werte rarer Ressourcen, ausgedrückt in Preisen. Von nun an können Werte, die in einer Volkswirtschaft produziert werden, nicht länger nach einem wertetheoretischen Konzept bemessen werden. Nur was einen Preis auf einem Markt erzielt, hat einen Wert. Und, nur wessen Arbeit einen Preis erzielt, ist auch produktiv. Das Einkommen der Arbeitenden ist abhängig von ihrer marginalen Produktivität und ihrer Präferenz zwischen Arbeit und Freizeit. Folglich ist Arbeitslosigkeit eine freiwillige Entscheidung. Renten werden nicht als unverdientes Einkommen angesehen, sondern als Imperfektion, die mittels Wettbewerbssteigerung korrigiert werden kann. Profite sind nicht durch soziale (Macht-)Beziehungen determiniert, sondern durch die Technologie und daran anknüpfende Produktivität. Der Staat spielt hier eine unproduktive Rolle, da er nur Steuern einsammelt und diese z. B. in Form von Förderungen oder für Infrastruktur ausgibt. Die eingehobenen Steuern sen-

ken die Gesamtwohlfahrt und zerstören folglich Werte.

Wie misst man den Wohlstand einer Nation? Das dritte Kapitel beantwortet diese Frage. Mazzucato beschreibt darin präzise, wie Wohlstand und Werte vor allem *nicht* gemessen werden. Dieses Kapitel fußt besonders auf der Überlegung, dass die Methodik der Bemessung von Wachstum auch die gesellschaftlichen Ansichten einer Volkswirtschaft prägen.

Die derzeitige Messung von Wohlstand basiert auf dem Konzept des BIP. Errechnet man es verwendungsseitig, so setzt es sich aus dem Konsum der Haushalte, den Investitionen der Firmen und den Staatsausgaben zusammen. In dieser Betrachtungsweise tritt der Unternehmenssektor als einziger Investor auf. Die anderen Ausgaben werden zwischen Haushalten und Staat aufgeteilt, die die Nachfrage nach den Endprodukten der Unternehmen bilden. Trifft dies in der Realität zu? Sind nicht viele staatlich finanzierte Leistungen Zwischenprodukte gerade für den Unternehmenssektor, so wie bspw. die Straßeninfrastruktur, und damit kein reiner Konsum von Endprodukten, wie dies bei Haushalten der Fall ist? Solange der Staat reiner Konsument in der Berechnung ist, kann er innerhalb dieser, hauptsächlich marginalistischen, Logik keinen Mehrwert schaffen, sondern nur seine Ausgaben erhöhen.

Allerdings ist es herausfordernd zu errechnen, welcher Wert durch die Benutzung einer Straße für LKW-FahrerInnen oder Familien, die in den Urlaub fahren, entsteht. Unschärfen bei der BIP-Berechnung ergeben sich auch bei der Ausgliederung des fehlenden Schwarzmarktes, bei Umweltverschmutzung oder imputierten Mieten,

um nur einige Beispiele zu nennen. Wenn eine bereits verursachte Verschmutzung von einem Unternehmen für einen marktbasierten Preis behoben wird, steigt das BIP. Es sinkt jedoch nicht, wenn die Verschmutzung stattfindet und Ressourcen zerstört. Bei Immobilien im Eigentum wird eine hypothetische Miete imputiert, um die Vergleichbarkeit des BIP zwischen Ländern mit unterschiedlich hohem Miet- bzw. Eigentumswohnanteil herzustellen. Dies führt zu einer Verzerrung der Einkommen, da die imputierten Mieten als zusätzliche fiktive Ausgaben auf der Einnahmenseite der EigentümerInnen ebenso dazugerechnet werden müssen. Außerdem, warum sollten Mieten denn eigentlich einen Mehrwert schaffen? Ein Ansteigen der Miet- und Immobilienpreise findet aufgrund der kollektiven Investitionen, z. B. in Bildungseinrichtungen oder anderer Infrastruktur, statt und nicht aufgrund der Anstrengungen der EigentümerInnen. Deshalb fordert Mazzucato eine Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese scheiterte bislang nicht daran, dass sie sich aus prinzipiellen Gründen nicht umsetzen ließe, sondern am politischen Willen.

In den nächsten vier Kapiteln bespricht Mazzucato die Finanzialisierung und die Veränderung des Kapitalismus über die Zeit. Sie beginnt mit den eigentlichen Aufgaben der Banken: Liquiditätsversorgung, Kreditbewertung und Laufzeittransformation von Einlagen und Krediten. Das sind nicht-produktive, aber für den Wirtschaftskreislauf notwendige Tätigkeiten. Wenn jedes Unternehmen seine Investitionen mit den erwirtschafteten Profiten tätigen könnte und Haushalte ihre Kredite mit ihren eigenen Erspar-

nissen decken könnten, dann wären Banken überflüssig. Allerdings sind Banken Geldschöpferinnen, und ihre Kredite schaffen Einlagen.

Aufgrund ihrer Bedeutsamkeit warnen Minsky und Keynes vor der destruktiven Natur eines deregulierten Finanzsektors. Mazzucato sieht die Schuld für die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff in der stetigen Deregulierung des Finanzsektors seit den 1970er-Jahren, wodurch Geschäftstätigkeiten außerhalb der Kernaufgaben des Bankensektors an Bedeutung gewannen. Selbst nach der Krise sind die Versuche, diese außergewöhnlich gefährlichen und gesellschaftlich unnützen Finanzentwicklung zu regulieren, gescheitert. Die Zahl der AkteurInnen, die ihr Geld mit reiner Wertextraktion verdienen, wächst, wie etwa Hedgefonds, *Private-Equity*- oder *Venture-Capital*-Firmen.

Diese haben bestimmte Dynamiken der Volkswirtschaft verändert. Investitionen müssen nicht nachhaltig sein, sondern möglichst schnell den maximalen Profit für die AktionärInnen und die daran beteiligte Unternehmensführung einbringen. Diese sog. *Shareholder-Value*-Bewegung hat dazu geführt, dass Unternehmensführungen strategisch kurzfristiger denken. Dabei kommen jedoch die Interessen vieler weiterer Beteiligten zu kurz. Mazzucato wünscht sich ein Umdenken hin zu einem *Stakeholder-Value*-Prinzip. Die Beschäftigten, die Bevölkerung, die Umwelt und viele weitere AkteurInnen und Aspekte sollen Berücksichtigung finden. Mazzucato appelliert zu erkennen, dass Wertschöpfung ihrer Natur nach „kollektiv“ ist und damit von vielen unterschiedlichen Beteiligten und Betroffenen (*stakeholders*) abhängt. Unternehmerschaft (*entrepreneurship*) ist

keine individuelle Entscheidung, sondern vielmehr einem produktiven Umfeld und einer kollektiven Leistung geschuldet.

An dieser Stelle knüpft sie an ihr früheres Buch „The Entrepreneurial State“ (2015)¹ an. Große Firmen wie Apple, Google oder Amazon würden gar nicht existieren, wenn der Staat nicht zuvor das finanzielle Risiko genommen hätte, langfristige Technologien wie das Internet, GPS oder den *Touchscreen* zu erfinden. Staatliche Investitionen sind die Treiber für Innovationen. Es gibt keine Garantie dafür, dass durch den Einsatz hoher Geldbeträge auch tatsächlich eine Innovation hervorgerufen wird. Das Risiko vieler bedeutender Innovationen wurde mit öffentlichen Geldern (mit-)getragen, die Erträge und Anerkennung im Anschluss hingegen privatisiert.

Auch das Patentwesen, ursprünglich zur Förderung von Wertschöpfung und zum Schutz von Erfindungen gedacht, hat sich seit den 1980ern zunehmend zu einem Hemmschuh in Bezug auf Innovationen entwickelt, da nun auch Entdeckungen, sprich das Wissen hinter den Produkten, patentiert werden können und nicht nur die daraus resultierenden Produkte. Besonders Großkonzerne verhindern so mittels „strategischen Patentierens“ die Konkurrenz auf ihrem Markt.

Des Weiteren erläutert Mazzucato den sogenannten „*Platform Capitalism*“, wo Unternehmen wie Facebook, Amazon oder Google riesige Monopole innehaben und somit eine einzigartige Stellung einnehmen, um Wert zu extrahieren. Abgeschöpft wird nicht nur eine Rente vom kollektiv produzierten Internet, sondern auch von einem kollektiv erschaffenen Netzwerkeffekt. Märkte jeder Art müssen aktiv gestaltet wer-

den, um ein sozial erwünschtes Ergebnis zu erreichen. Deshalb plädiert Mazzucato dafür, das Eigentum und die Verwaltung der kollektiven Daten in die öffentliche Hand zu legen. Private Unternehmen sollen dann für diese Daten Dienstleistungen erstellen.

In Kapitel acht widmet sich Mazzucato der Geringschätzung des öffentlichen Sektors. Dabei wehrt sie sich gegen das Narrativ, der Staat sei bloß ein Regulator und ineffizienter Geldausgeber und solle deshalb so klein wie möglich gehalten werden, damit er den Markt nicht störe. Selbstverständlich muss der Staat in seiner mächtigen Rolle auch seine Ausgaben kontrollieren und im Auge behalten. Doch die Debatte sollte sich nicht um die Größe oder das Budget des Staates drehen. In erster Linie sollte die Frage gestellt werden: Welchen Wert schafft der Staat?

Die Klassischen Ökonomen sehen den Staat als unproduktiv an, genauso wie die NeoklassikerInnen, und ordnen ihm eine stabilisierende Hintergrundrolle zu. Anders als Keynes, der den Staat als Wertschöpfer benennt, der Infrastruktur schafft, Bildung ermöglicht und Grundlagenforschung betreibt. Vielmehr noch, so Mazzucato, finanziert er radikale, innovative Technologien, welche das Leben der Menschen verändern. Austerität sowie den Maastrichter Schuldenkriterien erteilt Mazzucato eine Abfuhr, da diese einer innovativen Wertschöpfung, die selbstverständlich den Staat als Wertschöpfenden miteinschließt, im Wege stehen.

Wie zuvor erwähnt, müsse auch die VGR überarbeitet werden. Die kalkulatorische Definition, der Staat könne keinen Mehrwert für seine Investitionen schaffen, sei eine politische und

nicht wissenschaftliche Entscheidung. Diese Denkweise beschränkt den Handlungsspielraum des Staates entscheidend. Die Aufgabe eines selbstbewussten Staates sollte darin bestehen, langfristig und visionär zu denken, Risiko zu nehmen und zu investieren, also ein aktiver Schöpfer von Werten zu sein.

Das letzte Kapitel „The Economics of Hope“ rundet das Buch zusammenfassend und mit Mazzucatos abschließenden Forderungen ab. Einst stand der Begriff Wert im Zentrum der ökonomischen Diskussion. Dies soll wiederbelebt werden. Ein neues Narrativ muss erarbeitet werden. Erstens sollen diejenigen, die Werte extrahieren, und jene, die Werte schaffen, klar benannt werden, sowie eine Unterscheidung zwischen Profit und Rente gemacht werden. Zweitens soll das beharrliche Schlechtreden des öffentlichen Sektors beendet werden. Die dort beschäftigten Menschen fühlen sich dadurch mindergeschätzt, und die Attraktivität des Arbeitgebers Staat sinkt, obwohl jeder andere Sektor von diesem abhängig ist. Drittens sei die Aufklärung politischer EntscheidungsträgerInnen darüber erforderlich, wie Wertschöpfung tatsächlich funktioniert, und somit ein Beenden der Erzählung, man solle einzig den Marktmechanismen vertrauen, privatisieren und Steuern senken. Viertens soll die Berechnung des BIP überarbeitet werden, um der tatsächlichen Messung von Wertschöpfung näher zu kommen.

Volkswirtschaften sollen sich konkrete „Missionen“ vornehmen, wie etwa eine „Grüne Revolution“, nicht die BIP-Maximierung oder ausgeglichene Haushalte. Zudem müssen wir uns die Frage stellen, welche Art von Volkswirtschaft wir wollen. Rentenabschöpfende Aktivitäten müssen reduziert, dagegen tatsächlich produktive Tätigkeiten angemessen entlohnt werden. Außerdem soll es mehr erfüllende, sinnstiftende Arbeit, weniger Umweltverschmutzung, bessere Pflege und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit geben.

Dieses Buch bietet viel. Wie in Mazzucatos vorherigen Büchern stehen die Positionierung des Staates und sein wahrgenommenes Erscheinungsbild im Vordergrund. Aufgrund der Pointierung und Verständlichkeit verdienen manche Kapitel, wie jene über die Ökonomiegeschichte, die BIP-Berechnung oder die Rolle des Staates in einer Volkswirtschaft, m. E. den Status einer Pflichtlektüre für Ökonomie-Studierende. Gleichzeitig liefert die leicht lesbare Lektüre auch wichtige Denkanstöße und vor allem Vorschläge, welche Fragestellungen in der ökonomischen, aber auch politischen Debatte zu priorisieren wären.

Christoph Prenner

Anmerkung

- ¹ Siehe die Rezension in: Wirtschaft und Gesellschaft 41/4 (2015) 625-628.